Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 25 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 30. Januar 1932

Zerrissener Wechsel.

Die Young-Plan-Petitsche — „Zusammenarbeit" — Der stählerne Ring.

Wieder ist ein Monat verstrichen, — und nichts ist geschehen, um den festgefahrenen Karren der Reparationsfrage auch nur um das winzigste Stückchen vorwärtszubringen! Nur eine ganze Menge geschah, um ihn noch unbeweglicher zu machen. Wenn an ihm vorn und hinten Gespanne angelegt sind und nun angepeitscht werden, nach vorwärts oder rückwärts zu ziehen, dann wäre das im gewöhnlichen Leben ein Irrsinn, in der Politik aber ist's eine Veranstaltung, die längst nicht mehr den Reiz der Neuheit besitzt und daher kaum noch ein entrüstetes Erstaunen hervorrufen kann. Wenn die Franzosen mit drohendem Hüh! und Hott! den Karren einfach wieder zurückfahren lassen wollen auf den juristisch angeblich festen Boden der unbedingten Ausführung und Durchführung des Young-Planes, so wissen die anderen Lenker und Führer der Gespanne nur allzu genau, daß jener Boden unter dem Wolkenbruch der Weltkrise vollkommen sumpfig und haltlos geworden ist. Und sie alle wissen ferner, daß das deutsche Gespann, das allein den Wagen hat vorwärtszerren müssen, unter dem Knallen der Young-Plan-Petitsche jetzt zusammengebrochen im Geschirr liegt und außerstande ist, den Scheit- und Schimpfworten des französischen Lenkers Folge zu leisten, also den Wagen weiter hinter sich herzuschleppen. Und so ist es denn nicht einmal zu irgendwelchen Verständigungsversuchen gekommen, „platzte" — wie heute so viele — auch der Wechsel, der auf der Lausanner Konferenz durch das Baseler Sachverständigenkomitee ausgestellt war, weil er nämlich von Frankreich weder honoriert noch überhaupt anerkannt war. Es gibt ja auch kein Gericht, vor dem Deutschland seine Rechte gelten machen kann, die aus diesem Wechsel sich für uns ergeben, obwohl er die Unterschriften der Sachverständigen und Vertreter aller unserer Gläubigerstaaten aufweist. Damit hat man in Paris dieses „Stück Papier" wirklich zerrissen.

*

Dieser Plan enthielt ja auch eine Voraussetzung für seine Erfüllbarkeit, eine Bedingung, die ausgeführt werden mußte, wenn der ganze Plan — nicht an sich schon scheitern sollte. Er war als erfüllbar von den Sachverständigen, die ihn schufen, nur mit der Einschränkung bezeichnet, daß Gläubiger und Schuldner mit bestem Willen an seiner Durchführung zusammenarbeiten. Das war die ideologische Grundlage des Plans. Wie diese „Zusammenarbeit" aussah, wird allein schon durch die eine Tatsache gekennzeichnet, daß man uns Milliarden um Milliarden des uns gewährten Kredits entzog und damit die deutsche Wirtschaft in die Katastrophe des vergangenen Sommers schleuderte. Wie die „Zusammenarbeit" aussieht, erfahren wir täglich mit jeder Meldung, die eine neue Zollerhöhung, ein neues Einfuhrverbot, ein neues, stärkeres Hemmnis für unsere Warenausfuhr mitteilt. In Basel, in Berlin und auch sonst unzählige Male hat eine Unzahl unpolitisch, aber sachverständig urteilender Wirtschaftler immer wieder unterstrichen, daß Deutschland doch nur durch Warenausfuhr das bezahlen kann, was es dem Ausland schuldig ist. Gold ist kaum noch da — das hat man uns ja abgenommen! — und daher muß Deutschland wenigstens die Möglichkeit haben, in Waren zu zahlen, — wenn es überhaupt zahlen soll! Deutscher Vermögenssubstanz sich zu bemächtigen hätte doch nur einen finanziellen Zweck, wenn dieses „Vermögen" auch einen Ertrag abwirft. Daß hierauf bezügliche „Expropriations"-pläne Frankreichs hinsichtlich der Deutschen Reichsbahngesellschaft herumspuken, an die man sich wegen der sonstigen deutschen Zahlungsunfähigkeit halten will, ist bekannt, aber von größter Absurdität; denn in einer heillos zusammengebrochenen Wirtschaft ist vom gleichen Schicksal eben auch jenes Instrument betroffen, das dem Verkehr und vor allem der Güterverteilung zu dienen hat. Die Reichsbahn zahlt zurzeit nicht einen Pfennig an Tributleistungen, — und doch befindet sie sich in einem derartigen finanziellen Zustand, daß sie vor Fehlbeträgen nicht mehr aus noch ein weiß. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man wohl auch in Paris nicht allerhand „Attentatspläne" auf die Reichsbahn hegen würde, — wenn dahinter eben nicht andere als nur finanzielle Absichten stecken würden! Denn die Reichsbahn dient nicht bloß der Wirtschaft, sondern sie beeinflußt die Wirtschaft auch ganz außerordentlich, und wer das Verfügungs- und Bestimmungsrecht über dieses gewaltige Instrument besitzt, könnte es zum schweren Schaden der deutschen Wirtschaft mißbrauchen und z. B. Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt außerordentlich zu Deutschlands Ungunsten verschieben.

*

Zerrissen sind die Sachverständigenberichte aus Basel und Berlin, die von der furchtbaren Wirtschaftsnot in Deutschland sprechen. Statt dessen doziert man in Paris, wie gefährlich es doch werden würde, wenn man der Maschine der deutschen Volkswirtschaft die Bremsen der Tributbelastungen löste; sie würde dann sofort mit Volldampf losbrausen. Als ob z. B. England, das solche Tributlasten nicht kennt, jetzt nicht gleichfalls von schwerer Wirtschaftsnot belastet ist, auch dort überall die Räder klappern und ächzen! Wie Sadismus klingt jene schlecht gespielte „Besorgnis", wenn auf der anderen Seite die Armee der deutschen Arbeitslosen schon bis dicht an die sechs Millionen herangewachsen ist. Und dabei bewegen wir uns, müssen uns ständig bewegen in diesem fast zum Wahnsinn treibenden Kreis: Schwächung der Konsumkraft — Sinken der Nachfrage — Nachlassen der Erzeugung — Herabsetzung der im Arbeitsprozeß Tätigen. Noch ist dieser Kreis bisher ein klein wenig weiter gehalten worden dadurch, daß uns unser Ausfuhrüberschuß Erleichterung schaffte. Aber auch hier hat die Verengung fühlbar eingesetzt. Man hofft, man erwartet, man fordert eine „Aktion" von innen her, die diesen Stahlring der Not sprengt oder zum mindesten lockert. Auf eine solche von außen her können wir ja nicht rechnen. Und was Frankreich nach wie vor fordert, muß und — will diesen Stahlring nur noch fester, noch unzerbrechlicher hämmern.

Dr. Pr.

Japan marschiert

Der Marsch auf Nanking.

Die Abrüstungskonferenz steht vor der Tür, der Völkerbundrat verhandelt über die Beilegung des fernöstlichen Konflikts, bittet, droht und beschwört um des lieben Friedens willen und — Japan marschiert. Im Vertrauen auf seine militärische Übermacht über das zersplitterte und zerfallene China kümmert es sich nicht um Verträge und Pakte, sondern schlägt an sein Schwert, und nachdem es die gesamte Mandschurei und einen Teil der Mongolei in seine Gewalt gebracht hat, rückt es gegen das eigentliche China vor. Die wichtigste Hafenstadt, Schanghai, das Tor zu der neuen Hauptstadt Nanking, soll die Schlüssel- und Ausgangsstellung dieser Operation bilden. Angebliche Übergriffe chinesischer Truppen gegen japanische Staatsbürger und japanisches Eigentum bilden den Vorwand, während der wahre Grund das Ausdehnungsbedürfnis des Inselreichs Japan auf das asiatische Festland ist, das, seitdem Japan in die Reihe der Großmächte eingetreten ist, der unentwegt festgehaltene Richtpunkt seiner Außenpolitik ist. Ein weiterer Vorstoß Japans in das Innere von China müßte aber auf den Widerstand von Amerika und England stoßen, die es nicht dulden werden, daß sich ihr wirtschaftlicher Konkurrent in diesem Gebiet, in dem Zukunftsreich der Mitte, festsetzt. Dazu kommt noch Rußland, das China bereits innerlich mit kommunistischen Zellen durchsetzt hat und an der mandschurischen Grenze vorläufig noch Gewehr bei Fuß auf der Wacht steht.

Der Völkerbund hat völlig versagt, Verträge sind der berühmte „Fetzen Papier" geworden, und nur die Furcht vor den Waffen eines mächtigeren Gegners wird Japan zu einem Zurückweichen bringen können. Japan ist bereits zum Totengräber der Friedenspolitik des Völkerbundes geworden, sein Vorgehen hat auch den Abrüstungsgedanken bereits empfindlich getroffen; lenkt es nicht ein, so kann ein Weltereignis von katastrophalen Folgen der Ausgang dieses japanischen Marsches auf Nanking sein.

*

Schanghai in Flammen.

Der offene Kriegsausbruch.

In Schanghai fand eine schwere Straßenschlacht zwischen Japanern und Chinesen statt. Große Teile der Stadt stehen infolge japanischer Bombenabwürfe in Brand. Auch die internationale Siedlung ist schwer betroffen worden, wo die in chinesischem Besitz befindliche Nordschanghai-Eisenbahnstation in Flammen steht.

Japanische Bombenflugzeuge setzten während sechs Stunden das Bombardement von Chapei ununterbrochen fort. Nach einer kurzen Unterbrechung begannen die Bombenangriffe von neuem. Das Feuer, das durch Brandbomben immer wieder von neuem angefacht wurde, wütete während der ganzen Nacht und zerstörte ganze Häuserreihen.

Tausende von Chinesen und Ausländern hatten sich auf den Dächern der Häuser versammelt und beobachteten die Kampfhandlungen. Die Japaner haben das chinesische Hauptquartier in Chapei besetzt, während die Chinesen mit Hilfe von Panzerwagen den Nordbahnhof zurückerobern konnten. Japanische Bombenflieger griffen daraufhin den Bahnhof an und zerstörten einen Flügel des Gebäudes.

*

14 Stunden Bomben auf Schanghai.

Große Verluste unter der chinesischen Bevölkerung.

Das japanische Bombardement hat ohne Unterbrechung vierzehn Stunden gedauert. Eine japanische Bombe ist auch auf ein amerikanisches methodistisches Heim gefallen, wo beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Soweit man von der internationalen Niederlassung aus beobachten konnte, müssen die chinesischen Verluste infolge des Bombardements ganz außerordentlich groß sein.

Die 200 000 Seelen zählende Bevölkerung von Tschapei — die sich zum größten Teil in ihre Häuser eingeschlossen hatte — war vollkommen hilflos. Viele Frauen und Kinder sollen umgekommen sein. Tausende von Chinesen suchten in panischem Schrecken, in die internationale Niederlassung zu flüchten, fanden aber dort keinen Einlaß, da die Türen sämtlich abgeschlossen und streng bewacht waren.

Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Auch die Funkstation Ebenso, die im Besitz der chinesischen Regierung und der Radio-Corporation von Amerika ist, wurde bombardiert.

Als am Abend Waffenruhe eintrat, schwebte noch immer eine große Feuer- und Rauchsäule über Tschapei. Der Nordbahnhof ist vollkommen niedergebrannt. Auch das Gebäude der Handelspresse, eines Unternehmens, an dem die meisten führenden chinesischen Verleger beteiligt sind, brannte vollständig aus.

„Widerstand bis zum Tode!"

Das Geschäftsleben völlig lahmgelegt.

Der Aufruf zum Generalstreik geht von der chinesischen Handelskammer aus. Alle chinesischen Banken in Schanghai haben deshalb geschlossen. Das Geschäftsleben ist vollkommen lahmgelegt. Die streikenden Läden haben Plakate folgenden Inhalts ausgehängt: „Leistet den Japanern Widerstand bis zum Tode!"

*

Bomben auf Charbin.

Kämpfe an der Sungari-Brücke.

Die von Tschangtschun abgesandten japanischen Truppen konnten bis jetzt noch nicht in Charbin einmarschieren, da die Sungari-Brücke, über die die chinesische Ostbahn nach Charbin führt, von den Chinesen zerstört worden ist. Chinesen und Japaner haben auf beiden Seiten des Flusses Artillerie aufgefahren, und zurzeit ist ein heftiger Artilleriekampf im Gange. Japanische Flugzeuge haben erneut die Außenquartiere Charbins bombardiert.

*

Um die japanischen Truppentransporte auf der chinesischen Ostbahn.

Rußland macht seine Zustimmung von der Chinas abhängig.

Der japanische Botschafter in Moskau hatte eine Unterredung mit dem Stellvertreter des Außenkommissars Karachan wegen der Beförderung japanischer Truppen nach Charbin auf der chinesischen Ostbahn. Karachan erklärte, daß solche Fälle geeignet seien, gespannte politische Situationen herbeizuführen, und machte die japanische Regierung darauf aufmerksam, daß die chinesische Ostbahn russisch-chinesisches Eigentum und daher die Erlaubnis beider Staaten erforderlich sei. Wenn die chinesischen Behörden die Erlaubnis erteilten, würden von russischer Seite keine weiteren Schwierigkeiten gemacht werden.

*

Beschlagnahme der Südlinie der chinesischen Ostbahn durch Japan?

Tokio, 29. Januar. Im Zusammenhang damit, daß russische und chinesische Beamte der chinesischen Ostbahn Sabotageakte gegen japanische Truppentransporte in Charbin organisiert haben, hat der Oberkommandierende der japanischen Armee in der Mandschurei, General Honjo, der japanischen Regierung die Beschlagnahme der südlichen Verlängerung der chinesischen Ostbahn vorgeschlagen.

*

Kein Waffenstillstand in Schanghai.

Die japanischen amtlichen Stellen erklären, daß zwischen den chinesischen Behörden und dem japanischen Marinekommando keine Vereinbarung über die Einstellung der Kämpfe in Schanghai getroffen sei. Die Ursache des japanischen Vorgehens in Schanghai sei auf die japanfeindlichen Kundgebungen der chinesischen Studenten zurückzuführen, ferner hätten „desorganisierte Soldaten" die Geschäftsläden geplündert. Das japanische Oberkommando habe es sich zur Pflicht gemacht, sofort zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzuschreiten.

Funkverkehr Schanghai—Europa gestört.

Nach Berliner Beobachtungen ist seit Freitag der Funkverkehr zwischen der chinesischen Großfunkstelle Schanghai und Europa gestört.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF